THüRINGEN LIBERAL

MAGAZIN DER FREIEN DEMOKRATISCHEN PARTEI THüRINGEN
AUSGABE 3 | MAI 2011

PODIUMSDISKUSSION
Republikflucht von DDR-Spitzensportlern

FDP-LANDESPARTEITAG
Grundsatzdebatte in Ilmenau gestartet

THÜRINGISCH-HESSISCH
Jürgen Lange & Uwe Barth im Interview

Baustelle Bildungspolitik

Reformeifer gefährdet das Thüringer Schulsystem

FDP Thüringen

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser

die Diskussion über Bildungsfragen ist hochaktuell, ohne Übertreibung kann man von einem 'Megathema' reden. Im Bund haben die Liberalen die Diskussion über das sogenannte Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern angeschoben. Mit den Föderalismusreformen wurde in Artikel 104b Grundgesetz die exklusive Bildungshoheit der Bundesländer verankert. Ziel war es, die massive Beeinflussung der föderalen Bildungssysteme durch die Geldströme der Bundesregierung zu verhindern. Der Artikel sieht vor, dass der Bund keine Finanzhilfen mehr in Bereichen leisten darf, für die die Bundesländer die alleinige Gesetzgebungskompetenz haben.

So aber konterkariert das Kooperationsverbot die Potenziale des Bildungsföderalismus. Die Leistungen dieses Systems sind damit allein von den Landeshaushalten abhängig. Eine Aufhebung des Kooperationsverbotes würde aber nicht die Abschaffung des Bildungsföderalismus bedeuten, da die Länder weiterhin für die Ausgestaltung ihrer Bildungslandschaft verantwortlich blieben. Investitionen im Bildungsbereich könnten dann im Interesse der Chancengleichheit in einer gemeinsamen Finanzierung durch Bund und Land erfolgen. Deswegen fordert die FDP-Fraktion im Thüringer Landtag die Aufhebung des Kooperationsverbotes und unterstützt die mit diesem Ziel durch die FDP-Bundestagabgeordneten Mieke Senftleben und Heiner Kamp gegründete Initiative 'Gemeinsam für eine gute Schule' (Seite 9).

Auf Landesebene reißen derzeit die schlechten Neuigkeiten aus dem Bereich der Bildungspolitik nicht ab. Da wird eine Gemeinschaftsschule als zusätzliche

» Fördern, aber auch fordern muss die liberale Maxime bleiben «

Schulform eingeführt. Dabei wird aus der schön klingenden Idee vom längeren gemeinsamen Lernen und der Integration nichts anderes als Gleichmacherei. Die sogenannte 'Integration in der Bildungspolitik' der CDU-geführten Landesregierung folgt dem tragischen Missverständnis, man könne jeden Schüler gleich fördern, und übersieht, dass es in ganz Thüringen keine zwei gleichen Schüler gibt. Und man übersieht bei all diesen fürsorglichen Bemühungen, dass es nicht nur unter- und überdurchschnittliche Schüler gibt, sondern dass zwischen diesen beiden Seiten des Spektrums sehr viele, die meisten ganz durchschnittlich begabten Kinder auch ihren ganz eigenen Weg gehen wollen, ihre ganz eigenen Interessen, Stärken und Schwächen haben. Diese Kinder sind nicht auffällig und verhalten sich nicht auffällig, dennoch haben sie ein Recht auf Aufmerksamkeit, denn sie sind es, die für die Zukunft unseres Landes als die zukünftigen Arbeitnehmer, Handwerker und Unternehmer von ganz entscheidender Bedeutung sind. Dass der Mittelstand in Thüringen unsere Haltung gegenüber dem Verzicht auf jeglichen Leistungsgedanken teilt, wurde erst jüngst bei einer Diskussion in Tabarz deutlich (Seite 9). 'Fördern, aber auch fordern' muss die liberale Maxime bleiben.

Das 'bildungspolitische Grauen' in Thüringen hat aber noch mehr Gesichter. Unter der CDU-geführten Landesregierung werden die Mittel für die Schulen in freier Trägerschaft gekürzt. Das hat fatale Auswirkungen auf die Vielfalt in der Schullandschaft. Bei unserem Besuch in der Michaelisschule Bad Lobenstein konnten wir uns von der hervorragenden Arbeit, die an der integrierten Schule in freier Trägerschaft geleistet wird, überzeugen (Seite 8). Die FDP-Landtagsfraktion hat heftig gegen die Kürzungen der Landesmittel gekämpft, und ebenso erbittert leisten wir Widerstand gegen die neue Schulordnung. Lassen Sie uns damit gemeinsam verdeutlichen: Es gibt in Thüringen noch eine Partei, es gibt im Thüringer Landtag noch eine Fraktion, die gegen diese Form der ideologiegesteuerten Bildungspolitik kämpft, und das sind wir, die Freien Demokraten!

Ihre

Franka Hitzing
Stellvertretende Landesvorsitzende
der FDP Thüringen

DDR-Spitzensportler auf Republikflucht

Podiumsdiskussion der Friedrich-Naumann-Stiftung zu Motiven und Hintergründen

Auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung fand am 26. Februar eine Podiumsdiskussion zu dem Thema 'Sportverräter – Motive und Hintergründe für die Republikflucht von DDR-Spitzensportlern' statt. Der hochbrisante Titel und das hochrangig besetzte Podium stießen auf ein breites öffentliches Interesse. 450 Gäste, darunter der sportpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Marian Koppe, drängten sich im Simson Saal des Suhler Congress Centrums, um bei dem Aufeinandertreffen des ehemaligen Olympiasiegers im Skispringen Hans-Georg Aschenbach, dem Olympia-Fünften der Nordischen Kombination Claus Tuchscherer und der österreichischen Skisprung-Legende Toni Innauer dabei zu sein, die über die Beweggründe für die Flucht von DDR-Spitzensportlern diskutierten.

Der gebürtige Suhler Dr. Hans-Georg Aschenbach erzählte zunächst von seiner Kindheit, die von den Erfahrungen in der Sportschule geprägt war. Er sprach von „kasernierter Unterbringung junger Menschen", die von der „normalen" Bevölkerung abgeschirmt worden seien. Nach dem Erfolg bei den Olympischen Spielen von 1976 studiert er Militärmedizin in Greifswald und wurde Oberst der Nationalen Volksarmee. Der Kontakt zu kritischen Zivilstudenten ließ auch ihn das System hinterfragen. Im Jahr 1988 begleitete er die Skisprung-Nationalmannschaft der DDR als Arzt nach Hinterzarten und kehrte von dort nicht in die DDR zurück. Dennoch betonte er in der Diskussion mehrfach seine persönliche Verantwortung für all seine vorherigen Handlungen, obwohl er dazu auch durch das DDR-Leistungssportsystem gezwungen worden sei.

» Die Flucht war die einzige Möglichkeit, das System von Kontrolle und Manipulation zu verlassen «

Claus Tuchscherer setzte sich bei den Olympischen Spielen 1976 in Innsbruck von der DDR-Nationalmannschaft ab. In der Diskussion berichtete er von seiner Flucht und den fragwürdigen Methoden der Staatssicherheit, die sogenannten 'Sportverräter' in die DDR zurückzubringen. Selbst innerhalb des Kaders gab es Informelle Mitarbeiter, sodass ein Vertrauensverhältnis nicht entstehen konnte. „Die Flucht war die einzige Möglichkeit, das System von Kontrolle und Manipulation zu verlassen", rechtfertigte Tuchscherer seine Entscheidung. Toni Innauer, der 1980 Gold in Lake Placid gewann und später die Skisprung-Nationalmannschaft seines Landes trainierte, sprach von „einem System, das jedem Sportler knallhart aufs Auge gedrückt wurde."

Marian Koppe (l.) mit Toni Innauer

Die Veranstaltung erbrachte viele unterschiedliche Eindrücke über die Beweggründe der sogenannten 'Sportverräter'. Das Publikum reagierte höchst unterschiedlich, von Verständnis bis Verachtung reichten die Wortmeldungen. „Diese Veranstaltung war ein wichtiger Baustein zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte im Bereich des Sports. Das Thema war und ist hoch emotional und die Diskussion beweist, dass die Aufarbeitung, auch im Sport, bei weitem noch nicht abgeschlossen ist", sagte Marian Koppe und kündigte an, dass sich die FDP-Fraktion im Landtag auch künftig auf parlamentarischer Ebene diesem Thema widmen wolle. *is*

Stipendium für begabte Studierende

Peter Röhlinger wirbt für Deutschlandstipendium

Ab dem Sommersemester 2011 steht für besonders begabte Studierende an deutschen Hochschulen das 'Deutschlandstipendium' zur Verfügung. Es fördert mit 300 Euro monatlich Studierende sowie Studienanfänger, deren Werdegang herausragende Leistungen in Studium und Beruf erwarten lässt. Eine Hälfte des Geldes kommt vom Bund, die andere Hälfte von privaten Stiftern.

Dieses nationale Stipendienprogramm ist eine Verbindung von zivilgesellschaftlichem Engagement und staatlicher Förderung durch den Bund. Es kann schon im ersten Jahr bis zu 10.000 Studierenden zugutekommen. Mittelfristig sollen bis zu acht Prozent aller Studierenden (ca. 160.000) an deutschen Hochschulen vom Deutschlandstipendium profitieren, wobei die Zahl der Geförderten kontinuierlich anwachsen soll. Der Leistungsbegriff, der dem Stipendium zugrunde liegt, ist bewusst weit gefasst: Gute Noten und Studienleistungen gehören ebenso dazu wie die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen oder das erfolgreiche Meistern von Hindernissen im eigenen Lebens- und Bildungsweg. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten erhalten das einkommensunabhängige Fördergeld von 300 Euro (zusätzlich zu BAföG-Leistungen) für mindestens zwei Semester und höchstens bis zum Ende der Regelstudienzeit, damit sie sich erfolgreich auf ihre Hochschulausbildung konzentrieren können.

Dr. Peter Röhlinger, der als Mitglied im Bildungsausschuss des Bundestages aktiv an der politischen Diskussion zum Deutschlandstipendium beteiligt war, will bei den Thüringer Hochschulen, Organisationen und Firmen für das neue Stipendienprogramm werben. Unterstützt wird er dabei von dem Jenaer Alexander Schneeberg, einem Promotionsstipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung.

Erste Gespräche mit Hochschulvertretern und Unternehmen hat der Jenaer Bundestagsabgeordnete bereits geführt. „Während die einen ganz bewusst das Deutschlandstipendium in ihr Hochschulprofil einbringen, warten andere erst einmal ab, wie sich das Fundraising im deutschen Bildungsbereich entwickelt. Die Hochschulen müssen dazu neue Strukturen erarbeiten, um die Bewerbungen, das Auswahlverfahren und die gewünschten regelmäßigen Treffen zwischen Stipendiaten und Geldgebern zu organisieren. Dabei will ich gerne helfen", fasst Röhlinger den ersten Gesprächseindruck zusammen.

„Firmen, die man ansprechen könnte, habe ich mir schon einmal zurechtgelegt. Ich denke, man muss in der Anfangsphase sehr aktiv auf die Unternehmen zugehen, muss das Programm und sein Anliegen bekannt machen und die Geldgeber überzeugen, warum sie genau diese Studenten an dieser Hochschule fördern möchten. Auf der Seite der Hochschulen wird es um deren Alleinstellungsmerkmale gehen, indem sie klar sagen, wo ihre Stärken liegen. Und ihre begabten Studierenden sind in der Lage, auch für ihre Hochschulen und sich selber zu werben. Ich bin sehr zuversichtlich, dass das klappt. In meiner OB-Zeit habe ich gelernt: Die Grundregel für erfolgreiche Akquise im Fundraising heißt: fragen und noch mal fragen, auf die Partner offen zugehen, den Geldgeber dafür interessieren, die Hochschulen als förderungswürdig anzusehen und auf die später zur Verfügung stehenden Topkräfte für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur aufmerksam machen", so Röhlingers Credo.

Die Bundesregierung will in dieser Legislatur die Zahl der Stipendiaten in Deutschland weiter erhöhen. Dafür veranschlagt sie 60 bis 70 Millionen Euro. Bisher werden begabte Studierende von zwölf Begabtenförderwerken unterstützt. Mit dem neuen Deutschlandstipendium sollen zusätzlich acht Prozent der Studierenden gefördert werden, und dies soll nicht zulasten der Begabtenförderwerke gehen. Dieses Ziel soll mittelfristig erreicht werden, denn für das Einwerben von privaten Geldern zur Kofinanzierung der Stipendien müssen erst Erfahrungen gesammelt werden.

„Da bin ich ganz zuversichtlich", so Peter Röhlinger, „zum Beispiel haben wir zum Landesparteitag in Ilmenau für das Programm geworben und konnten dabei einige Kontakte herstellen, unter anderem zu Studierenden der TU Ilmenau." *ir*

» Gute Noten und Studienleistungen gehören ebenso dazu wie die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen oder das erfolgreiche Meistern von Hindernissen «

Peter Röhlinger (3. v. r.), Alexander Schneeberg (2. v. r.) und Ilmenauer Studierende

Landesparteitag in Ilmenau

Grundsatzdebatte gestartet, Steuervereinfachungen angemahnt

Auf ihrem Parteitag in Ilmenau haben die Liberalen in Thüringen den Startschuss für die Debatte zu einem Grundsatzprogramm gegeben. Dieses soll unter der Federführung von Generalsekretär Patrick Kurth bis zur Diskussion über das nächste Landtagswahlprogramm erarbeitet werden. In weiteren Anträgen haben sich die Thüringer Liberalen für Klarheit an den Tankstellen ausgesprochen und fordern den Verzicht auf eine gesetzliche Mindestquote von Biokraftstoffen in Mineralölerzeugnissen.

Auf strikte Ablehnung der Liberalen stieß die Schulpolitik von Bildungsminister Christoph Matschie (SPD). Weiterhin sprachen sich die Delegierten dafür aus, dass, wenn neue Gebietsstrukturen in Thüringen geschaffen werden müssten, dies nur auf freiwilliger Basis, 'von unten', geschehen dürfe. Eine zwangsweise, 'von oben' verordnete Kreisgebietsreform hingegen lehnt die FDP Thüringen ab. An dem Ziel, Steuervereinfachungen noch im Jahr 2012 in Kraft zu setzen, wollen die Thüringer Liberalen festhalten. Neben vielen Sachanträgen wurde auch intensiv über die zukünftige Ausrichtung der FDP diskutiert. Der Thüringer FDP-Landesvorsitzende Uwe Barth sprach sich in seiner Rede für eine Besinnung auf liberale Kernthemen wie Wirtschaftspolitik, Bürgerrechte und Bildungspolitik aus.

Erstmals waren auch Vertreter beider Kirchen auf dem Parteitag der Liberalen anwesend. Sowohl Ordinariatsrat Winfried Weinrich von der Katholischen Kirche als auch Oberkirchenrat Christhard Wagner von der Evangelischen Kirche lobten in ihren Grußworten den Einsatz der Landtagsfraktion für die Schulen in freier Trägerschaft. Wagner sagte, das kundige Engagement insbesondere der bildungspolitischen Sprecherin Frank Hitzing sei mehr als Oppositionsrhetorik. Weinrich unterstrich, dass auch mit ihrer Hilfe Schlimmeres verhindert werden konnte. *ms*

» Besinnung auf liberale Kernthemen wie Wirtschaftspolitik, Bürgerrechte und Bildung «

IMPRESSIONEN VOM LANDESPARTEITAG

Fotos: Matthäus Schlummer
Weitere Fotos auf **WWW.FDP-THUERINGEN.DE**

Der ehemalige Bundesaußenminister und FDP-Vorsitzende Hans-Dietrich Genscher hat mit seinem Engagement für die Wiedervereinigung Uwe Barth und Jürgen Lange beeindruckt.

Erste thüringisch-hessische Begegnung im Studentenclub ‘Quantenkeller’

Ein Vierteljahrhundert in der FDP: Jürgen Lange und Uwe Barth im ThL-Interview

Zwei Thüringer Liberale feierten in diesen Tagen 25-jähriges Parteijubiläum, obwohl sie damals in unterschiedliche Parteien eintraten. Jürgen Lange, 1959 im hessischen Kassel geboren, studierte Wirtschaftswissenschaft in Kassel und Washington D.C. Heute ist er Abteilungsleiter für Wirtschaftsförderung im Thüringer Wirtschaftsministerium und Präsident des traditionsreichen Thüringer Rennsteiglaufvereins. Uwe Barth, 1964 in Bad Langensalza geboren, studierte Physik in Jena. Seit 2003 ist er Landesvorsitzender der Thüringer FDP. Außerdem führt er seit dem Wiedereinzug der FDP in den Thüringer Landtag 2009 die Landtagsfraktion. Jens Panse von der ThL traf die beiden zum Gespräch.

ThL: Was hat Sie vor 25 Jahren zum Eintritt in die liberale Partei bewogen?

Uwe Barth: Die Flucht vor der SED. Ich war gerade bei der NVA. Es verging in der Zeit kein Tag, an dem nicht irgendeiner kam und fragte: „Genosse Barth, wollen Sie nicht in die SED kommen?“ Und das wollte ich nicht – wirklich nicht. Dann sagte mir irgendwann ein Kamerad, die einfachste Lösung sei es, in eine andere Partei zu gehen, und die LDPD ist es deshalb geworden, weil meine Großeltern Mitglied waren. Daher wusste ich, wo das Büro der LDPD in Auerbach war, und die waren auch grade da, als ich kam.

Jürgen Lange: Ich bin während meines Studiums von einem Professor angesprochen worden, ob ich mich nicht bei der Friedrich-Naumann-Stiftung als Stipendiat bewerben wolle. Bei den Auswahlgesprächen in Gummersbach dachte ich: „Du bist hier nur das Feigenblatt“, weil um mich herum gefühlt nur Menschen saßen, die schon Landesvorsitzende, Bezirksvorsitzende der Jungen Liberalen oder gar der FDP waren. Zu meiner großen Überraschung kam nach vierzehn Tagen ein Brief: „Wir können Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen: Sie sind Stipendiat.“ Nachdem ich dann eine ganze Reihe von Veranstaltungen erlebt hatte, dachte ich: „Ein bisschen dankbar solltest du schon sein.“ Auch die handelnden Personen wie Genscher, Lambsdorff, Baum und Hirsch haben mich beeindruckt. Das war dann der Schritt zur FDP.

ThL: Wie haben Sie die Wendezeit erlebt?

Lange: Wie so häufig, wenn man sich ein bisschen engagiert, geht es relativ rasch. Ich wurde Kreisvorsitzender der JuLis Kassel, kurz danach Bezirksvorsitzender in Nordhessen und stellvertretender Landesvorsitzender der JuLis in Hessen. Ich war derjenige, der vom Vorstand beauftragt wurde zu ergründen, was wir an Unterstützung bei unseren Nachbarn leisten könnten. Das hat dann dazu geführt, dass ich zum Gründungskongress der JuLis am 24./25. Februar 1990 mit einer kleineren Delegation der hessischen JuLis nach Weimar gefahren bin. Die Rede von Hans-Dietrich Genscher vor dem Nationaltheater hat mich unheimlich beeindruckt. Im März folgte dann ein Arbeitstreffen mit der JuliA in Jena. „Schlüssel für die Übernachtung hat Uwe Barth (im ’Quantenkeller’ fragen)“ stand auf der Einladung.

Barth: 1989 haben wir mit ein paar Parteifreunden in der LDPD-Geschäftsstelle am Steinweg in Jena zusammen gesessen und über eine eigene Jugendorganisation nachgedacht. Vergleichbare Überlegungen gab es zeitgleich in Dresden und in Berlin, was dann später zur Gründung der JuliA (Jungliberale Aktion) führte. Dann in der eigentlichen Wendezeit war es spannend, weil wir dadurch auch relativ schnell Kontakt in den Westen bekamen. So haben wir die hessischen JuLis nach Jena eingeladen. Nach Genschers Balkonauftritt in Prag und der Rolle, die er in dem Einigungsprozess gespielt hat, stellte ich mir damals auch das erste Mal die Frage: „Warum ist man in einer Partei?“ Nicht nur, um gegen etwas zu sein, um irgendwas zu verhindern, sondern, um ‘etwas zu bewegen’.

ThL: Was verband die hessischen und die thüringischen Liberalen damals und wie ist heute das Verhältnis?

Barth: Wir haben in Jena das FDP-Büro und ein Büro für die JuliA mit hessischer Unterstützung eingerichtet. Die Hessen kamen dann immer mit Kleinbussen voller Drucker und Computer oder elektronischen Schreibmaschinen zu Besuch. Diese technische Hilfe war wichtig für den Aufbau von Verbandsstrukturen. Es waren immer wieder die Hessen, die Thüringen beim Aufbau intensiv unterstützt haben. Die Beziehungen zwischen den FDP-Landesverbänden haben nach 1994 eine Zeit lang geruht. Es war uns besonders wichtig, dass wir jetzt, wo wir wieder im Landtag sind und auch über eine Fraktion verfügen, diese wieder intensiviert haben. Gleich am 9. November, zwei Monate nach dem Einzug in den Landtag, haben wir mit den Hessen zusammen am Point Alpha unsere erste große Veranstaltung gemacht, die nächste im Schifflersgrund, und dann war die hessische Landtagsfraktion im letzten Jahr in Thüringen zu Gast. Ruth Wagner, Hartmut Sieckmann und Ulrich Fickel waren bei dem Treffen in Jena dabei und erinnerten an die hessische Unterstützung beispielsweise bei der Rettung des Andreasviertels in Erfurt. Wir haben den Hessen wirklich viel zu verdanken.

Lange: Die hessischen Liberalen haben sich an die historischen Verbindungen erinnert und sofort all ihre Unterstützung auf Thüringen konzentriert. Es wurden Förderprogramme aufgelegt und unbürokratisch geholfen, gerade auch im Energie- und Umweltbereich, immer auch in dem Bewusstsein: ‘Was Thüringen hilft, nutzt auch Hessen.’ Im Dezember 1989 war ich zu einem ersten dienstlichen Gespräch in der Bezirksverwaltungsbehörde und dem Energiekombinat. 1991 erfolgte meine offizielle Abordnung als Aufbauhelfer, und Wirtschaftsminister Hans-Jürgen Schulz bat mich später, als sein Berater zu bleiben. Über die ganzen Jahre habe ich versucht, für die Thüringer FDP die Kontakte zur hessischen FDP zu halten, auch wenn das zwischenzeitlich nicht immer gewollt schien. Unter Karl-Heinz Guttmacher und Uwe Barth lebten die Beziehungen wieder auf und heute freue ich mich über das gute partnerschaftliche Verhältnis, das die Landtagsfraktionen pflegen.

ThL: Was ist Ihnen nach 25 Jahren Mitgliedschaft in der liberalen Partei am wichtigsten?

» Ich finde den Grundgedanken der Freiheit absolut sexy «

Barth: Ich finde den Grundgedanken der Freiheit absolut ‘sexy’. Freiheit hat viele Ausformungen. Wenn man sich auch die Geschichte in der Wendezeit anschaut: Da ging es um Freiheit, zunächst übrigens um freie Wahlen. Der Kampf gegen die Fälschung der Kommunalwahlen war noch kein Kampf um die Wiedervereinigung. Das hat dann eine Dynamik bekommen, die niemand mehr aufhalten konnte. Ich glaube, die Freiheit in ihren unterschiedlichen Ausformungen bis hin zur persönlichen Freiheit, ohne dass es Egoismus ist, das ist es, was mir am besten gefällt.

Lange: Der Freiheitsbegriff ist meine Maxime: weitestgehende Freiheit des Einzelnen bis zu dem Punkt, wo er die Freiheit des anderen einschränkt, und staatliche Steuerung nur so viel wie nötig, als Leitgedanken für eine ‘soziale Marktwirtschaft’.

ThL: Die Thüringer FDP im 21. Jahr nach der Wende ist heute …

Barth: … da, wo sie hingehört: im Parlament. Mir wäre die Regierung natürlich lieber, weil man als Opposition nicht die Gestaltungsmöglichkeiten hat, die man haben will. Vielleicht steht sie am Beginn einer hoffentlich längeren Phase, in der sie wieder mehr Gestaltungsmöglichkeiten in unserem Land wahrnehmen kann.

Lange: … besser dastehend als die Bundes-FDP. Das ist aber kein Grund, dem Müßiggang zu frönen. Weil der Bundestrend schwach ist, bedarf es umso größerer Anstrengungen, den Bürger im Land von den Inhalten der FDP zu überzeugen. *jp*

Uwe Barth (l.) und Jürgen Lange: Der politische Umbruch im Osten Deutschlands hat die beiden Liberalen zusammengeführt. Heute machen sie gemeinsam Politik für Thüringen.

Von den Kindern in der Michaelisschule ließen sich die FDP-Parlamentarier – im Foto vorn Heinz Untermann und Franka Hitzing sowie Marian Koppe (hinten) – ihre Arbeit in den praktischen Kursen zeigen.

„Nur die tatsächliche Förderung des einzelnen Kindes zählt“

FDP-Fraktion besucht Michaelisschule Bad Lobenstein

„Die tatsächliche Förderung des einzelnen Kindes muss unser Maßstab in der Betreuung sein. Vorrangig ist das Wohl des Kindes. Die aus dem Thüringer Ministerium für Bildung, Kultur und Wissenschaft gesteuerten Maßnahmen gegenüber freien Trägern und Förderschulen gehen weit an der Realität vorbei.“ Mit diesen Worten begrüßte Dr. Klaus Scholtissek, Vorstand des Michaelisstiftes Gefell und Vorsitzender der Geschäftsführung der Diakoniestiftung Weimar Bad Lobenstein gGmbH, am 30. März sieben Mitglieder der Thüringer FDP, darunter die Landtagsabgeordneten Franka Hitzing, Marian Koppe und Heinz Untermann in der Michaelisschule Bad Lobenstein. Er verdeutlichte damit zugleich, für wie schlecht er die aktuelle Gesetzgebung für Schulen in freier Trägerschaft hält.

Den freien Trägern wird durch die im Gesetz festgelegten Mehrkosten jeder Handlungsspielraum genommen. Für die Michaelisschule ist die finanzielle Notlage so groß, dass nicht klar ist, wie sie in Zukunft finanziert werden soll. Die Trägervielfalt ist nicht nur eine erhebliche Bereicherung und ein Mehrwert für die Gesellschaft. Die Michaelisschule in Bad Lobenstein ist zum einen Förderschule für 51 Kinder mit behinderungsbedingtem Mehrbedarf und zum anderen integrative, Montessori orientierte Grundschule mit 104 Mädchen und Jungen. Ohne diese Schule bekämen viele Kinder und Jugendliche mit Behinderungen weniger individuelle und passgenaue Förderung. Gerade diese Orientierung an der Persönlichkeit und dem Förderbedarf des einzelnen Kindes und Jugendlichen ist für die UN-Menschenrechtskonvention das vorrangige Ziel und Kriterium, dem alle anderen Maßnahmen nachgeordnet sind! Art. 7, Absatz 2 der Konvention fordert: „Bei allen Maßnahmen, die Kinder mit Behinderungen betreffen, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.“ Dr. Scholtissek sieht durch die einseitige Steuerung der Schülerströme in den sogenannten gemeinsamen Unterricht an ausschließlich staatlichen Regelschulen diese Kernforderung der UN-Menschenrechtskonvention bedroht und insbesondere den Elternwillen und die Wahlfreiheit der Eltern außer Kraft gesetzt.

» Die Gesetzeslage kann niemanden, der sich mit Schule beschäftigt und auskennt, zufriedenstellen «

Der Besuch kam auf Einladung von Schulleiterin Anett Wildt zustande. Neben ihr berichteten die Elternvertreterinnen Corinna Kiewer aus Gefell und Kerstin Lang aus Tanna von der Schule und erzählten aus dem Schulalltag. Im Gespräch und auch beim Rundgang durch die Förderschulklassen, der Werkstufe (Vorbereitung auf die Arbeit in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung) und den integrativen Grundschulklassen wurde deutlich, was in der Schule geleistet wird. „Ich bin begeistert und überzeugt von diesem Konzept. Die Gesetzeslage kann niemanden, der sich mit Schule beschäftigt und auskennt, zufriedenstellen. Sie haben unsere volle Unterstützung“, sagte Franka Hitzing nach dem Rundgang. Sie schlug eine Abstimmung mit den Füßen, einen ‘Schule-21-Protest’ gegen die aktuelle Situation vor.

Wilfried Seiferth, der als stellvertretender Bürgermeister und FDP-Mitglied in Doppelfunktion an dem Treffen teilnahm, betonte: „Die Michaelisschule ist ein Glücksfall, eine Bereicherung für die Stadt. Wir arbeiten kulturell und in vielen anderen Bereichen eng zusammen.“

Am 2. Mai 2011 wurde die Förderstiftung Michaelisschule Bad Lobenstein gegründet. Zweck der Stiftung ist die nachhaltige und dauerhafte Unterstützung und Absicherung des Fortbestandes der Michaelisschule Bad Lobenstein als Förderschule und Montessori orientierte Grundschule. Dem diakonischen Zweck der Einrichtung entsprechend soll auch in Zukunft möglichst vielen Kindern die Möglichkeit zum Schulbesuch eröffnet werden. An der Gründungsveranstaltung nahm auch Franka Hitzing als Gast teil. *Sandra Smailes*

Abschaffung des Kooperationsverbotes im Grundgesetz

Initiative in der FDP will neue Bildungspartnerschaft etablieren

‘Bildung ist Bürgerrecht’ – unter diesem Titel veröffentlichte 1965 der verstorbene liberale Soziologe Ralf Dahrendorf ein Buch als ‘Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik’. Die Idee: Jeder Mensch soll, unabhängig von seiner Herkunft, durch Bildung die Chance zum sozialen Aufstieg haben. Durch den Staat gerechte Rahmenbedingungen für Bildung zu schaffen, war Dahrendorfs Anliegen.

Heute fällt es dem Staat zunehmend schwer, sich bundesweit aktiv für die Bildung von Kindern einzusetzen. Schuld ist eine Regel, die eigentlich dazu gedacht war, Zuständigkeiten zu entflechten. Als ein Ergebnis der Föderalismusreform 2006 wurde das sogenannte ‘Kooperationsverbot in der Bildungspolitik’ im Grundgesetz verankert. Die Folge dieser Regelung ist, dass der Bund keiner Schule direkt Geld zukommen lassen kann, weder als Budget noch projektbezogen. Für die Schulfinanzierung sind allein die Länder verantwortlich, sie zahlen Personal und teilweise Lernmaterialien. Für Gebäude und Unterhalt sind die Kommunen als Schulträger zuständig.

In der FDP hat sowohl auf Bundesebene – der vergangene Bundesparteitag beschäftigte sich mit dem Thema – als auch in vielen Landesverbänden ein neuer Denkprozess eingesetzt. Eine breite innerparteiliche Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, Schranken für eine Investition in die Zukunftsressource Bildung abzubauen. So soll unter anderem das Kooperationsverbot gestrichen werden und Schulen sollen mehr Freiheit erhalten. „Damit können zielgerichtete Investitionen des Bundes im Bildungsbereich und eine optimalere Zusammenarbeit aller Ebenen ermöglicht werden, ohne die Kultushoheit der Länder in Frage zu stellen“, erläutert Thüringens Generalsekretär Patrick Kurth. Auf diese Weise könnten sich die Liberalen als Vorreiter für die Verbesserung des Bildungssystems profilieren, so Kurth. *ms*

Kinder wollen sich messen

Liberaler Mittelstand lud zum Unternehmerfrühstück zu Bildungsfragen

Die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion Franka Hitzing war am 19. April 2011 beim Unternehmerfrühstück in Tabarz zu Gast, um über aktuelle ‘Baustellen’ in der Thüringer Bildungspolitik zu sprechen. Als Regelschullehrerin, die neben ihrer Abgeordnetentätigkeit noch regelmäßig unterrichtet, kann sie die Probleme der Kollegen in der Praxis gut nachvollziehen. Den Verzicht auf Versetzungskriterien und Klassenwiederholungen an Gemeinschaftsschulen bezeichnete sie als ‘fatal’. „Wie soll man künftig den Leistungsgedanken vermitteln?“, fragte sie in die Runde. Nach ihrer Überzeugung müsse man „fördern und fordern“.

Der Liberale Mittelstand Westthüringen, der zu der Veranstaltung eingeladen hatte, plädierte gegen eine Verabschiedung vom Leistungsgedanken im Thüringer Schulsystem und stärkte damit Gastrednerin Franka Hitzing den Rücken in ihrer Kritik an der geplanten Schulordnung des Landes. „Kinder wollen sich messen und freuen sich auf die Benotung“, sagte die Unternehmerin Jeanette Basko aus Weimar, selbst Mutter von drei Kindern. Mit Zensuren habe man klare Strukturen, die auch von den Eltern verstanden würden, plädierte auch der Musikpädagoge Reinhard Tröbs aus Arnstadt für die Beibehaltung des Notensystems. Zusätzliche verbale Beurteilungen schafften nur Verwirrung und Aufwand für die Lehrer. Für eine Beibehaltung des gegliederten Schulsystems sprach sich der FDP-Kreisvorsitzende Jens Panse aus. „Wir brauchen nicht noch eine zusätzliche Gemeinschaftsschule.“ Vielmehr müsse den Eltern geholfen werden, die geeignete Schulform für die Entwicklung ihrer Kinder zu finden. Zu viele Schüler gingen heute an die Gymnasien. Die Regelschule als interessante Thüringer Schulform werde unterschätzt, so Hitzing.

Einig war man sich in der Runde auch darüber, dass Handwerk und mittelständische Unternehmen gefordert seien, künftig wieder verstärkt Auszubildende mit Regelschul- oder qualifiziertem Hauptschulabschluss anzunehmen. *jp*

Zum Frühstück trafen ich die Unternehmerinnen und Unternehmer im Hotel ‘Zur Post’.

Plakative Osteraktion

Kurth: Neue Bundesländer Vorreiter beim Umgang mit Abwanderung und Alterung

Auf eines der nach wie vor größten Probleme der neuen Bundesländer machte der Thüringer FDP-Bundestagsabgeordnete Patrick Kurth als Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für Aufbau Ost mit einer plakativen Aktion erneut aufmerksam. Kurth stellte auch dieses Jahr das Thema 'Abwanderung' in den Mittelpunkt der jährlichen Ostereiaktion der Thüringer Liberalen. Dazu verteilte der Generalsekretär der FDP Thüringen Ostereier an der Autobahnraststätte Krauthausen an der A4 Richtung Westen. Unter dem Motto 'OSTE(r)N – Einzigartig! Leben in Thüringen' nannte der Liberale Reisenden von Ost nach West zehn Gründe, warum man in Thüringen bleiben sollte. Bei der Aktion dabei war auch der Kreisvorsitzende der FDP Wartburgkreis, Fred Leise.

Patrick Kurth (l.) mit dem Kreisvorsitzenden der FDP im Wartburgkreis Fred Leise (r.) und Reisenden bei der Osteraktion an der Autobahnraststätte Krauthausen an der A4, Richtung Westen.

„Auch über 20 Jahre nach der Einheit bleibt es dabei: Der hohe Verlust an Menschen ist für mittel- und ostdeutsche Länder eine der zentralen Herausforderungen. Und die Bewältigung dieser Herausforderung bleibt auch im kommenden Jahrzehnt bestehen", sagte Patrick Kurth. „Im letzten Jahr haben wir es geschafft, das Thema verstärkt auf die bundespolitische Agenda zu setzen. Das Bundesinnenministerium arbeitet derzeit in enger Abstimmung mit den Regierungsfraktionen an einem Demografiebericht, der noch in diesem Jahr Maßnahmen zum Umgang mit der Abwanderung und der Alterung der Gesellschaft vorstellen wird. Die neuen Bundesländer werden hier Vorreiter für ganz Deutschland sein, weil die Probleme früher oder später alle Regionen Deutschlands treffen werden."

Für Kurth geht es aber auch in erster Linie darum, die Ursachen der Abwanderung zu analysieren. „Die Menschen gehen, weil sie woanders mehr Perspektiven sehen. Deshalb muss es vor allem darum gehen, attraktive Arbeitsplätze zu schaffen." Dabei stünden kleine und mittelständische Betriebe sowie der Forschungssektor im Mittelpunkt. *ms*

GEBURTSTAGE & JÜNGSTE EINTRITTE IN DIE FDP THÜRINGEN

THL GRATULIERT ZUM GEBURTSTAG | IM MAI Klaus Vollmann (80), Martin Schuster (70), Theo Kühn (70), Dr. Heinz Lorenz (70), Karl-Heinz Engelbert (70), Klaus-Dieter Scharfe (60), Heinz-Uwe Stelzer (60), Karlheinz Willerbach (60), Sabine Junold (60), Herbert Rudovsky (60), Peter Frank (50), Bernhard Oedekoven (50), Ulrich Böttcher (50), Eberhard Wahl (50), Ulrike Thomae (50), Antje Hofmann (50), Michael Kessler (40), Claudia Raub (30), Sebastian Wenzel (30), Frank Müller (30), Tim Wagner (30), Michael Kunick (20), Sebastian Bethge (20) | **IM JUNI** Horst Rodegast (80), Volker Gerisch (70), Wolfgang Reich (60), Dieter Voigt (60), Ulrich Hopf (60), Harald Jahn (60), Horst Jung(60), Dieter Fröhlich (60), Karlheinz Flohr (60), Konrad Heinemann (60), Isolde Straube (60), Sabine Frost (50), K.-Heinz Neuwirth (50), Martin Peschke (50), Monika Haseküster (40), Dr. Silvana Ose (30), Andreas Leube (30), Marcus Franz (30)

GLÜCKWÜNSCHE AUCH AN Heidemarie Bischoff, Klaus Wippert, Margita Otto, Petra Lehmann-Volkert, Patrick Brauckmann, Bastian Schwotzer, Heinz-Werner Hübner, Annette Schollmeyer-Lauterbach, Roul Rommeiß, Sören Rost, Konrad Erben, Prof. Dr. Burkhard Jähnke, Prof. Dr. Helmut M. Niegemann, Hans-Ulrich Feit, Matthäus Schlummer, Lothar Schreiber, Geert-M. Feustel, Martin Höfer, Katrin Saalbach, Andrei Hesse, Manfred Hopf, Walter Jahn, Fritz Gerns, Petra Guttmacher, Werner Gerloff, Prof. Dr. Hansgeorg Mühe, Torsten Köhler-Hohlfeld, Hannelore Hartmann, Michael Maaß, Friedrich Wiegand, Kurt Fritze, Andreas Zapf, Helge Lange, Heinrich Dirlam, Gerhard Stephan, Manfred Kresse, Heinz Baumbach, Manfred Böhm, Gerhard Richter, Erich Bahner, Kurt Schlenstein, H.-Jürgen Heitsch, Klaus-Dieter Landgraf, Gerhard Möller, Ronald Escher, Hans-Jürgen Ulonska, Maria-Elisabeth Grosse, Peter Georgi, Rudolf-Hermann Huhn, Simone Peter, Torsten Tomaschek, Carsten Labsch, Dr. Carsten Klein, Jana Holzapfel, Marco Römhild, Anja Beger, Anja Kolbe, Ralf Baumberger. Alles Gute auch allen anderen Geburtstagskindern, die aus Platzgründen nicht aufgeführt sind.

JÜNGSTE EINTRITTE FDP THÜRINGEN | IM MÄRZ Steffen Kübitz, Ulrike Thomae, Torsten Tomaschek, Silvana Ose, Karola Eichhorn, Sabine Heunemann | **IM APRIL** André Höpfner, Stefanie Schröder, Doreen Schuttwolf, Anja Hill, Lars Hill, Frank Schulze, Robert Schlothauer, Jürgen Meyer Herzlich willkommen bei den Liberalen!

ANZEIGE

AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Deutsche Energiepolitik ignoriert europäische und internationale Realitäten

HOLGER KRAHMER MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

WWW.HOLGER-KRAHMER.DE

Fukushima wird nicht ohne Folgen für die Debatte um Atomenergie in Europa bleiben. Jedoch ist eine gründliche Analyse aller Fürs und Widers nötig, bevor man kopflos das Abschalten deutscher Kraftwerke beschließt. Hier gibt es weder Tsunamis noch Seebeben. Europäische Nachbarn beobachten die vorschnelle Aktion mit Fassungslosigkeit. Deutsche Sicherheitsstandards liegen weit über den internationalen – es ist absurd, ausgerechnet hier übereilt Atomkraftwerke abzuschalten.

Die Forderung nach EU-Sicherheitsstandards ist sicherlich sinnvoll, falls sie überhaupt durchsetzbar sind. Jedoch ist bereits jetzt abzusehen, dass diese unter deutschem Standard liegen werden.

Mutiges Bekenntnis zu fossilen Brennstoffen nötig

Das Hauptziel der Energiepolitik muss eine verlässliche und bezahlbare Energieversorgung sein. Erzeugungskosten und die Verfügbarkeit von Energiequellen müssen dabei im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen. Wer fordert, dass die Atomenergie zur Erreichung dieses Ziels nicht mehr genutzt werden soll, muss eine Antwort darauf geben, wie diese Lücke geschlossen wird. Erneuerbare Energien, insbesondere Windenergie und Photovoltaik, können diese Lücke nicht schließen! Die Rhetorik des unmittelbar bevorstehenden Zeitalters der erneuerbaren Energien mag politische Motivationswirkung entfalten, realistisch ist sie nicht. Zumindest in absehbarer Zeit und nicht, ohne dass man neue Illusionen über die Sicherheit der Stromversorgung und deren Kosten verbreitet.

Das ist kein Plädoyer gegen eine Technologie, sondern gegen zu übertriebene staatliche Förderungen von Technologien, die nicht marktreif sind und es auf absehbare Zeit auch nicht werden. Das gilt auch für vielfach propagierte Speichertechniken.

Deshalb darf die Energiepolitik nach Fukushima nicht in eine neue Sackgasse geraten. Wenn man in Deutschland jetzt schneller als geplant Kernkraftwerke abschaltet, kann die entstehende Lücke nur durch Stromimporte oder neue Kohle- oder Gaskraftwerke geschlossen werden. Dies zu sagen, erfordert die Ehrlichkeit. Ein Bekenntnis zu modernen und sehr effizienten Kohle- und Gaskraftwerken ohne CO_2-Abscheidetechniken mag mutig klingen, eine rückwärtsgewandte Energiepolitik ist es nicht! Sie wäre sehr realistisch. Natürlich werden damit auch Klimaschutzziele in Frage gestellt, die in Deutschland ambitioniert verfolgt werden. Aber auch deren Rationalität und Klimawirksamkeit sollte hinterfragt werden.

Zugegeben: Emotionen sind mit Vernunft nur schwer zu bekämpfen. Liberale sollten es trotzdem versuchen.

HOLGER KRAHMER | KONTAKT ABGEORDNETENBÜRO BRÜSSEL:
EUROPÄISCHES PARLAMENT | BÂTIMENT ALTIERO SPINELLI 10G158
60, RUE WIERTZ | BE–1047 BRÜSSEL | TELEFON +32 2 28-45344
FAX +32 2 28-49344 | HOLGER.KRAHMER@EUROPARL.EUROPA.EU

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Allianz der LIBERALEN und DEMOKRATEN für Europa

FDP IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Die beste Antwort auf die Grünen: Liberale Umweltpolitik

Wirtschaft und Natur müssen sich nicht entgegenstehen

Man kann sein Fähnchen nicht nur nach dem Wind ausrichten. Natürlich gibt es politische Trends, aber eine Partei wird auch deshalb gewählt, weil sie für bestimmte Kernwerte und Überzeugungen steht. Im Falle der FDP ist dieser Kernwert, auch wenn man manchmal einen anderen Eindruck gewinnen könnte, der Liberalismus. Und eben jener Liberalismus ist eine Philosophie, die ganzheitlich denkt und keineswegs die Behandlung von bewegenden Themen den anderen überlassen will und auch heikle Themen nicht anderen überlässt.

In der Umweltpolitik sind 'die anderen' vornehmlich die Grünen. Ihnen wird, allein schon wegen ihres Namens, Kompetenz in diesem Bereich zugeschrieben. Dieser Artikel will nicht beleuchten, wie inkonsequent die Grünen in ihrer Programmatik sind. Stattdessen soll er ein Denkanstoß sein, der zeigt, dass auch die Liberalen zu fundierter Umweltpolitik in der Lage sind – mitunter sogar überzeugender als die genannten Freunde – und Themen wie Naturschutz und Energiesicherheit stärker in ihre Programmatik aufnehmen müssen.

Ein Beispiel ist das Thema Zertifikathandel. Zuletzt war in 'Thüringen Liberal' vom Europaabgeordneten Holger Kramer eher Negatives dazu zu lesen. Dabei ist das Ganze ein urliberales Mittel. Praktisch wird dieses Instrument in der EU seit 2005 im Emissionshandel verwendet, bei dem einem Anlagenbetreiber eine bestimmte Menge an Zertifikaten zugewiesen wird, für die er im Tausch eine Tonne CO_2 ausstoßen darf. Dass die Verteilung der Umwelt zuliebe geregelt werden muss, lässt sich nach dem Prinzip der Verantwortung liberal begründen. Man gesteht jedem seine persönliche Freiheit soweit zu, bis er damit anderen schadet. Wer Schadstoffe in die Luft bläst, beeinträchtigt ganz offensichtlich auch andere. Die Freiheit des Fabrikanten bedarf folglich einer fairen und nachvollziehbaren Einschränkung.

ANGABEN ZUM AUTOR

Thomas Wagenknecht ist Mitglied im Landesvorstand der JuLis Thüringen. Er studiert Staatswissenschaften an der Universität Erfurt. In seiner Bachelor-Arbeit analysierte er den Europäischen Emissionshandel.

> » Liberalismus ist eine Philosophie, die ganzheitlich denkt «

Dabei erweist sich der Zertifikathandel in der Praxis als ein ideales Instrument, um ökonomisch effizient zu arbeiten und gleichzeitig die Umwelt effektiv zu schonen. Effizient, weil jeder Unternehmer seine Produktion anpassen oder zusätzliche Zertifikate kaufen kann. Effektiv, weil der Gesetzgeber die Gesamtmenge an auszugebenden Zertifikaten kontrollieren kann. Wirtschaftliches Wachstum wird nicht gebremst, Behördenwucher durch übersichtlichen Zertifikathandel ersetzt.

Der Zertifikathandel ist eine sinnvolle Option, mit verantwortungsvoller Politik der Forderung nach einem Wachstumsstopp entgegenzutreten. Durch eine nachvollziehbare, langfristige Reduktion von Zertifikaten zur Umweltnutzung lässt sich ein transparenteres Instrument schaffen, das Wirtschaft und Umwelt auf einen Nenner bringt. Der Emissionshandel mag in seiner Ausgestaltung anfällig für Manipulation und kriminelle Machenschaften sein. Es ist aber mitnichten anzunehmen, dass er Arbeitsplätze und Firmen gefährdet, solange die Lücken – die rein rechtlicher Natur sind – geschlossen werden.

Die Frage nach der Vereinbarkeit von Ökologie und Ökonomie haben die Liberalen in Deutschland und besonders in Thüringen zu lange vernachlässigt. Wer sich aber als Wähler nicht nur Gedanken über Steuererhöhungen macht, der landet schnell bei eben jenen Themen. Die FDP kann ihm dabei nur schwerlich helfen. Das rächt sich nun.

Die JuLis haben begonnen, sich unter dem Motto 'Umwelt mit Herz und Verstand' Gedanken zu diesem Thema zu machen. Nicht weil es die Wähler verlangen, nicht weil es die Presse rauf und runter berichtet, sondern weil es notwendig ist. Sir Bertrand Russell wusste schon 1951, dass der Liberalismus die beste Antwort auf Fanatiker ist. *Thomas Wagenknecht*

IMPRESSUM

HERAUSGEBER FDP Thüringen | Schillerstraße 62 | DE–99096 Erfurt | Telefon +49 361 3455919 | Fax +49 361 3455924 | pressestelle-thueringen@fdp.de www.fdp-thueringen.de **REDAKTIONSLEITUNG** Jens Panse *jp* **REDAKTION** Patrick Kurth *pak* | Matthias Purdel *pur* | Justus Lenz *jl* | Ingo Stöckel *is* Matthias Naggert *mn* | Ingo Reimann *ir* | Matthäus Schlummer *ms* | Klaus-Dieter Landgraf *kdl* | Robert-Martin Montag *rm* | Axel Poschmann *ap* **BEITRÄGE** Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. **AUFLAGE** 1.800 Exemplare

ERSCHEINUNG 6-mal jährlich als Beilage des FDP-Mitgliedermagazins 'elde' | für FDP-Mitglieder ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises
GESTALTUNG + PRODUKTION RAUM II | Körnerstraße 56 | DE – 04107 Leipzig | Telefon +49 341 30326760 | info@raum-zwei.com | raum-zwei.com